



## Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

### ► Regierungsratsbeschluss vom 23. April 2013

P125374

Motion Patrizia Bernasconi und Andreas Zappalà zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten

---

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

#### **Begründung**

Der Regierungsrat stimmt mit der Motionärin und dem Motionär überein, dass überzeugende Gründe dafür bestehen, im Kanton Basel-Stadt auch nicht stimmberechtigte Personen als Ersatzmitglieder der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten zuzulassen. Allerdings sollte zumindest bei der Wahl von Personen ohne baselstädtischen Wohnsitz darauf verzichtet werden, den Nachweis eines irgendwie gearteten Bezugs zum Kanton Basel-Stadt zu verlangen. Deren Wahl muss aber – wie in der Motion gefordert – auf einzelne Fälle beschränkt bleiben, damit die Vertrautheit der Schlichtungsstelle als Gesamtbehörde mit den lokalen Gegebenheiten jederzeit sichergestellt ist. Bei Ausländerinnen und Ausländern mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt sollte von einem entsprechenden Vorbehalt abgesehen werden, wogegen hier geprüft werden könnte, inwiefern der in der Motion gestellten Forderung nach einer Verbundenheit mit dem Kanton Basel-Stadt Rechnung getragen werden könnte. Dem Grossen Rat wird deshalb beantragt, die Motion Patrizia Bernasconi und Andreas Zappalà dem Regierungsrat in diesem Sinne als Anzug zu überweisen.

